

Eine transparente Politik

TRIBÜNE-Gespräch mit Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen

TRIBÜNE: Vor 31 Jahren bei der Gründung der Partei der Grünen hat niemand zu glauben gewagt, dass drei Jahrzehnte später in Baden-Württemberg, einer Hochburg von Konservativen und CDU, ein grüner Politiker auf dem Sessel des Ministerpräsidenten Platz nehmen würde.

ROTH: Vor 50 Jahren hat auch niemand zu träumen gewagt, dass die TRIBÜNE ihren Fünfzigsten feiern kann: Herzlichen Glückwunsch zu diesem sehr wichtigen Geburtstag und viel Erfolg und Freude für die nächsten fünfzig Jahre. Zu Ihrer Frage: Ehrlich gesagt hat auch vor einem Jahr niemand an einen solchen Erfolg der Partei geglaubt. Denn mit Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg ist ein Grüner Ministerpräsident im drittgrößten Bundesland Deutschlands geworden, in dem Land, das

wie kaum ein anderes verbunden ist mit klassischer Automobilindustrie, mit Maschinenbau, mit kreativem Mittelstand und mit einer zum Teil konservativen Grundstruktur in der Bevölkerung. Das ist ein großartiger Erfolg für uns und gleichzeitig ein Beleg für die Veränderungen in Deutschland: für die gesellschaftliche Demokratisierung und Modernisierung, aber auch für die Sehnsucht und den Wunsch der Menschen nach einer anderen politischen Kultur. Winfried Kretschmann spricht hier von einer Bürgerregierung, einer Bürgerdemokratie und Bürgergesellschaft, er steht beispielhaft für eine Politik, die zu den Menschen nicht von der Zitadelle der Macht herab spricht oder über ihre Köpfe hinweg bestimmt, sondern die den Menschen zuhört, sie mitnimmt und sie teilhaben lässt. Winfried Kretschmann hat das einen Tag nach der Wahl bei einer Pressekonferenz auf den Punkt gebracht. Er sagte, wenn er Ministerpräsident wird, dann ist er Ministerpräsident für alle Menschen in Baden-Württemberg. Dann kommt zuerst das Land, zweitens das Land und drittens das Land. Erst dann kommt die Partei und ganz zum Schluss kommen seine eigenen Interessen. Ich glaube, das ist der Unterschied.

TRIBÜNE: Auch wenn Ihre Partei bis heute den Gründungsmotiven treu geblieben ist, hat der Eintritt in die Regierungsverantwortung Baden-Württembergs große Veränderungen zur Folge: Das Beispiel des Konflikts um »Stuttgart 21« zeigt, dass das Protestpotential der Grünen, die ursprünglich ein Sammelbecken für »Fundis« und »Spontis« waren, stark eingeschränkt worden ist.



ROTH: Es geht bei uns ja nicht um Protest um des Protests willen. Wir wollen damit konstruktiv verändern, und in diesem Sinne glaube ich nicht, dass das Protestpotential der Grünen eingeschränkt ist. Es muss darum gehen, politische Entscheidungen viel demokratischer, viel transparenter und viel partizipativer zu treffen. Wenn wir die Regierung übernehmen und plötzlich unsere alten Grundsätze vergessen würden, dann hätten wir verloren. In Stuttgart haben wir einen bürgerlichen Protest, an dem sich auch sehr viele konservative Menschen beteiligen, die wollen, dass man sie ernst nimmt. Winfried Kretschmann und sein Kabinett werden alles dafür tun, die im Wahlkampf erklärten Ziele auch durchzusetzen. Es kommt aber darauf an, wie offen und wie transparent künftig die politischen Entscheidungen gefällt werden.

TRIBÜNE: Der schöne Spruch »Nachher ist man immer schlauer« gilt auch für die Politik. Aus dem Rückblick heraus, was hätte man in Baden-Württemberg nach der Regierungsübernahme besser machen können, um die Bürger mit »Stuttgart 21« zu versöhnen?

ROTH: Wie Winfried Kretschmann gesagt hat, wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, dass man ein gespaltenes Land Baden-Württemberg wieder zusammenführt. Die Menschen dort sind geradezu polarisiert durch die Frage, wollen wir, will Baden-Württemberg, will Stuttgart ein solches großes Projekt wie diesen unterirdischen Bahnhof. Der Spruch »Nachher ist man immer schlauer« trifft es nicht: Vorher hätte man schlauer sein müssen. Die vorherige schwarz-gelbe Landesregierung hätte eine transparentere Politik betreiben müssen, die Bahn hätte transparenter vorgehen müssen. Niemals hätte mit brutaler Gewalt das Demonstrationsrecht niedergeknüpelt werden dürfen. Die Grünen gehen mit der SPD einen anderen, offenen Weg, der die Bürgerinnen und Bürger so gut wie möglich einbezieht und sie nun per Volksabstimmung über den Bahnhof entscheiden lässt. Und am Ende müssen alle Seiten gemeinsam in die Zukunft blicken.

TRIBÜNE: Die Zusammenarbeit mit den anderen am Projekt beteiligten Seiten wie der Deutschen Bahn funktionierte bedauerlicherweise ebenfalls nicht gerade reibungslos. Es gelang nicht einmal, die Bahn dazu zu bewegen, mit der Fortsetzung der Bauarbeiten bis zum Ergebnis des Stresstests zu warten.

ROTH: Wie die Bahn in der Vergangenheit gehandelt hat, ist nicht akzeptabel. Wenn Bahn-Manager oder gar der Chef der Deutschen Bahn die Grünen beschimpfen und von »Volksverdummung« reden, dann eskalieren sie die Situation. Ich finde es sehr bedauerlich, dass im Juni wieder mit Abrissarbeiten begonnen wurde, obwohl die Ergebnisse des Stresstests noch nicht vorlagen. Damit hat die Bahn viele, viele Menschen verhöhnt, die in Stuttgart immer wieder ihrem Unmut Luft gemacht und demonstriert haben. Ich glaube, es gibt in der deutschen Geschichte kaum eine Demonstrations- oder Protestbewegung, die so lange so friedlich und so glaubwürdig durchgehalten hat. Die Deutsche Bahn sollte dem mit sehr viel mehr Offenheit begegnen.

TRIBÜNE: Die Bahn hat in allen Bereichen ein großes Imageproblem. Mit der Vorveröffentlichung des Stresstests hat sie sich sehr unklug verhalten und gezeigt, dass man nichts aus den Protesten gelernt hat.

ROTH: Ich glaube, die Bahn hat noch nicht realisiert, dass die Menschen in Baden-Württemberg eine andere Regierung und damit auch eine andere Politik gewählt haben. Sie hat noch nicht begriffen, dass man nicht alles mit Brachialgewalt durchsetzen kann. Sie hat noch nicht gelernt, dass die Menschen – zu Recht – transparente Zahlen und Ergebnisse wollen.

TRIBÜNE: Dieses Verhalten ist einerseits noch ein Erbe der Unternehmenspolitik des früheren Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn. Andererseits unterstützt aber auch die

Bundesregierung diese Firmenphilosophie der Bahn. Übrigens nicht nur bei der Bahn, sondern auch in anderen Bereichen der Verkehrspolitik wie beim Straßenbau: Durch die praktische Vermietung von Autobahnen entstehen bei Bauarbeiten unhaltbare Zustände für die Autofahrer. Kaum jemand spricht darüber.

ROTH: Das große Problem der Deutschen Bahn waren tatsächlich die Pläne zur Privatisierung. Mehdorn wollte mit dem Unternehmen auf Biegen und Brechen an die Börse, und darunter hat die Qualität in der Fläche enorm gelitten. Wir haben die Zustände in Berlin erlebt, als über Wochen kein regulärer S-Bahn-Verkehr stattfand. Wir erleben, dass im Winter bei Eis und Schnee die Züge nicht fahren können und dass im Sommer die Klimaanlage ausfallen, sobald es wärmer wird. Das sind untragbare Zustände für eine Bahn, die eine öffentliche Verantwortung und eine öffentliche Aufgabe hat. Sie haben aber recht, es müsste in unserem Land sehr viel mehr diskutiert werden über die Verantwortung für die Mobilität der Menschen. Denn es gibt so etwas wie ein Recht auf Mobilität, aber die Möglichkeiten sind außerordentlich eingeschränkt. Diese allgemeine Sucht nach Privatisierung führt ja keineswegs dazu, dass die Verkehrsinfrastruktur mit modernen Anforderungen und Bedürfnissen Schritt hält. Das ist auch der Streitpunkt in Stuttgart: Brauchen wir diesen neuen Bahnhof überhaupt? Brauchen wir ein gigantisches Großprojekt, das Milliarden verschlingt? Ein Projekt, das zu Lasten des Ausbaus und der Angebote in der Region geht, zu Lasten des öffentlichen Nahverkehrs? Es gibt eine Untersuchung, der zufolge »Stuttgart 21« vor allem denen hilft, die schnell durch Stuttgart hindurchrasen wollen, aber nicht den 90 Prozent der Bahnfahrer, die in der Region rund um Stuttgart leben oder auf die Regionalbahnen angewiesen sind. Diese regionalen Verbindungen werden immer weiter zurückgefahren zugunsten von Großprojekten, die die großen Metropolen immer schneller zugänglich machen. Ich komme heute schon schneller von Frankfurt nach Köln als von Augsburg nach Memmingen. Und das ist nicht in Ordnung.

TRIBÜNE: Die Gründungsväter und -mütter der Grünen, die ihre Wurzeln meist in der 68er-Protestbewegung hatten, wollten eine Alternative bieten: Einerseits für alle, die über die fehlenden Sozialreformen der Regierung Willi Brandt enttäuscht waren, andererseits für jene, die sich mit dem Bau von Atomkraftwerken nicht abfinden wollten.

ROTH: Ich glaube, das Wichtige an der Gründung der grünen Partei in Deutschland war, im Gegensatz zu anderen Ländern, dass wir von Anfang an nicht nur eine Ein-Themen-Partei waren. Nach 1968, nach der Phase der vielen starken Bürgerinitiativen und Demokratiebewegungen, gab es eine interessante Situation: Ganz verschiedene Gruppen wollten ihre Interessen in einer Partei umsetzen – Frauenrechtlerinnen, Umweltschützer, diejenigen, die gegen Rassismus und Antisemitismus kämpften, Christen und andere Religionsangehörige, die die Schöpfung schützen wollten, Linke, die mehr Demokratie wollten und die Vergangenheit aufarbeiten. Ich komme zum Beispiel aus der radikaldemokratischen Ecke. Wir haben immer gegen Rassismus, gegen Rechtsextremismus gekämpft, und ich wollte das auch im Rahmen einer Partei tun. Deshalb wurde die Gründung der Partei von vielen völlig heterogenen Gruppen getragen: Stadt und Land, Frauen und Männer, Konservative und Linke. Gerade das macht die Stärke der Grünen aus: Wir sind keine ideologiebasierte Partei, sondern eine wertebasierte Partei. Unsere Werte sind Ökologie, Demokratie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, und wir sind den Menschenrechten und der Gewaltfreiheit verpflichtet. Gerade das hat uns in den letzten dreißig Jahren immer wieder in Konflikte geführt, zum Beispiel wenn es um die Frage ging, ob der Einsatz von Gewalt legitim ist, um so etwas wie eine gewaltfreie Situation überhaupt erst herstellen zu können. Ganz klar steht der Kampf gegen die Atomkraft sozusagen in unserer Geburtsurkunde, aber das ist nicht alles. Es geht

uns zum Beispiel auch um Fragen einer modernen Sozialpolitik, die nicht den paternalistischen Staat will, sondern die die Menschen zu Eigenverantwortung ermächtigt. Anders als bei anderen Parteien haben wir von Anfang an die Realität einer Gesellschaft in Deutschland, die vielfältig ist, die bunt ist, die multireligiös und multikulturell ist, anerkannt. Wir wollen, dass der Artikel eins unseres Grundgesetzes endlich in diesem Land verwirklicht wird. Auch das ist ein Gründungskonsens bei uns Grünen.

TRIBÜNE: Seit unserem letzten Gespräch, seit den Anschlägen in Mölln und Solingen, haben sich Politik und Gesellschaft intensiv um Aufklärung und Offenheit bemüht. Trotzdem sind wir auch heute noch mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung konfrontiert. Ähnlich sieht es beim Antisemitismus aus, obwohl Deutschland wie kaum ein anderes Land der Welt versucht hat, seine Vergangenheit aufzuarbeiten.

ROTH: Sie haben leider völlig recht mit Ihrer Einschätzung. Um so wichtiger ist es, eines auf gar keinen Fall zuzulassen: Dass die »Relativitätstheorie« in diese Fragen eingeführt wird und man in falscher Beruhigung sagt: »Ja, aber relativ gesehen zu Ländern wie Österreich oder Frankreich, wo es starke rechtsextreme und rassistische Parteien oder Bewegungen gibt, ist die Situation in Deutschland doch gut.« Es gibt kein Land, keine Gesellschaft auf der Welt, die eine solche Verantwortung hat wie wir, gegen Rechtsextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus immer und immer und jeden Tag wieder anzukämpfen. Das haben mir meine Eltern als historische Verantwortung mitgegeben: Nie wieder. Ich erlebe mit großem Entsetzen, wie sich rassistische, rechtsextremistische Strömungen in Österreich breit machen. Wie in der österreichischen Gesellschaft versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als seien alle Opfer des Nationalsozialismus gewesen, während nicht beachtet wird, dass es auch dort viele Täter gab. Auch in unserer deutschen Gesellschaft gibt es immer noch viel zu viele alte Nazis, es gibt neue Nazis, es gibt Rechtsextremisten, die sich in feinen Zwirn kleiden, es gibt krude und inakzeptable Thesen, die trotzdem in die Mitte der Salons geraten – nicht zuletzt mit Thilo Sarrazin, der wohlgerne SPD-Mitglied war und ist. Da sage ich: »Wehret den Anfängen.« Wenn es neben der Atomkraft in meiner Partei ein Thema gibt, bei dem keinerlei Kontroversen bestehen, dann ist es das bedingungslose Eintreten gegen jede Form von Rassismus und Rechtsextremismus. Darauf bin ich stolz in dieser Partei, stolz auf die Grüne Jugend, die immer und überall ganz vorne dabei ist, wenn Demonstrationen stattfinden, die keine Angst hat und klar sagt: »Das ist unser Land, unsere Gesellschaft, und wir lernen aus den größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.« Die Debatte um Thilo Sarrazin war für mich erschütternd, das Jubeln über seine Thesen, die mediale Unterstützung. Da waren Rassismus und Antisemitismus verkleidet als Meinungsfreiheit, und das akzeptiere ich nicht. Rassismus und Antisemitismus fallen nicht unter die Meinungsfreiheit, sondern sind aus gutem Grund in unserem Land strafbewehrt. Es muss noch viel getan werden, bevor wir tatsächlich sagen können, dass wir alle Konsequenzen aus unserer Vergangenheit gezogen haben. Ich bin 1955 geboren, aber ich habe und werde nie die »Gnade der späten Geburt« für mich in Anspruch nehmen. Ich bin die Tochter von Vätern, von Großvätern eines Deutschlands, das für die schlimmsten Menschenrechtsverbrechen verantwortlich ist. Auch wenn meine Familie eher Opfer der Nazis war, entlässt mich das nicht aus der eigenen Geschichte.

TRIBÜNE: Von einer notorischen »Dagegen-Partei«, wie Ihre Gegner aus CDU und FDP sie oft genannt haben, sind sie zur zweitstärksten politischen Kraft in der Bundesrepublik aufgestiegen. Ihr soziales Engagement und die Anti-Atompolitik wurden von der regierenden schwarz-gelben Koalition zumindest in Teilen übernommen. Heutige grüne Wähler gehören zum Mittelstand – früher wäre das undenkbar gewesen.

ROTH: Im Herbst der Entscheidungen vor einem Jahr hat Frau Merkel versucht, die Grünen als »Dagegen-Partei« hinzustellen. Dabei kann ich Ihnen bei der Union mindestens soviel Dagegen-Politik aufzählen: zehn Jahre lang gegen den Automausstieg, gegen die erneuerbaren Energien und das Erneuerbare-Energien-Gesetz, gegen den Emissionshandel, gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, gegen die gleichen Rechte für Lesben und Schwule. Die Grünen stehen für eine andere Politik, deshalb sprechen wir in gewissen Punkten ein klares Dagegen aus: Wir sind gegen Atomkraft, gegen Ausgrenzung, gegen Steuersenkungen für diejenigen, die viel mehr für die Allgemeinheit leisten könnten, natürlich sind wir gegen Klientel- und Lobbypolitik. Aber das ist keineswegs alles, was die Grünen ausmacht: Erstens geht es bei uns immer und immer wieder darum, unsere Inhalte zu verbessern, und inhaltliche Debatten vorantreiben. Dazu haben wir Zukunftsforen gegründet, Sonderparteitage zu Themen einberufen, um die sich eigentlich andere Parteien kümmern müssten, und führen stellvertretend gesellschaftliche Debatten. Zweitens, dass wir glaubwürdig sind. Wir wollen vor den Wahlen nichts versprechen, was wir hinterher nicht halten können. Und dass wir auch zugeben, wenn wir auf Fragen noch keine Antwort haben. Ich weiß beispielsweise noch nicht, wie eine gerechte Zukunft im Bereich der Pflege aussieht. Drittens, dass wir als Partei sehr geschlossen sind. Trotz der Flügel, die es bei uns gibt, werden wir als eine Partei wahrgenommen, in der es keine persönlichen Grabenkämpfe gibt, sondern der Streit um die Inhalte geführt wird. Und viertens, dass wir eine große Zahl von sehr kompetenten Frauen und Männern haben, die die Politik glaubwürdig vertreten. Man hat unsere doppelten Doppelspitzen immer belächelt und uns zu einer Person an der Spitze geraten. Als Joschka Fischer sich zurückzog, hieß es, das werde der Niedergang der Partei sein. Alles Quatsch. Wir stehen sehr gut da, aber wir wissen, Umfragen sind Umfragen, und wir wollen Umfrageergebnisse natürlich auch in Wahlergebnisse umsetzen. Wenn wir dann in der Regierungsverantwortung sind, wollen wir zeigen, dass wir Politik für alle Menschen machen und nicht nur für eine kleine Klientel.

TRIBÜNE: Angesichts dessen, wie sich die Bundesregierung aktuell präsentiert, glauben Sie, dass Sie gute Chancen haben, an der nächsten Regierung beteiligt zu werden?

ROTH: Ohne hämisch sein zu wollen, glaube ich, dass wir noch nie eine so schlechte Regierung hatten wie derzeit. Auch in der Vergangenheit war ich nicht immer zufrieden mit den Regierungen, auch nicht mit der großen Koalition. Aber die aktuelle Regierung agiert in einem permanenten Krisenzustand. Sie verkündet Ergebnisse, um sie zwei Tage später wieder einzukassieren; der Koalitionspartner FDP hat nur ein einziges Thema, nämlich Steuersenkungen, für die er die Bürgerrechte opfert. Die Politik der Regierung hat weder einen roten noch schwarz-gelben Faden. Man erkennt gar nicht, was die Koalition will, außer, an der Macht zu bleiben. Ich glaube, es spricht alles dafür, dass wir in einer zukünftigen Regierung zeigen können, wie man verantwortliche Politik gestaltet. Dafür werden wir alles tun. Natürlich kommt es dann auch darauf an, mit wem wir zusammenarbeiten.

TRIBÜNE: Der innerparteiliche Streit zwischen Linken und Realos macht nach wie vor Schlagzeilen. Hintergrund des Konflikts sind die Gedankenspiele über ein politisches Zusammenkommen mit der CDU. Trotz des auch bei den grünen Linken existierenden Wunsches nach Macht ist eine solche Koalition immer noch ein Tabu für sie.

ROTH: Ich bin sehr froh, dass wir immer noch verschiedene Flügel haben, denn das belebt die Debatte in der Partei. Aber die Grünen sitzen nicht in ideologischen Schützengräben. 2005, nachdem eine rot-grüne Zusammenarbeit nicht an uns, sondern an den Verlusten der SPD gescheitert ist und die SPD sehr schnell in die große Koalition geflüchtet ist, haben wir einen wichtigen Beschluss gefasst: Wir sind eine eigenständige politische Kraft, nicht

der Juniorpartner oder das Anhängsel einer einzigen Partei, wie viele in der SPD immer noch meinen. Inhalte gehen vor Macht. Wir entscheiden danach, mit wem man am meisten grüne Inhalte durchsetzen kann, nicht nach den politischen Farben. Objektiv gesehen ist es richtig, dass wir eine größere Nähe haben zur SPD als zur CDU/CSU, auch wenn die Konservativen – für mich bis vor kurzem unerwartet – im Moment viele für uns kontroverse Positionen räumen. Ich denke da nur an die 180-Grad-Kehrtwende Angela Merkels in der Atompolitik. Vor Monaten hat sie die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängert und den Bürgern etwas von der Versorgungslücke vorgelogen, jetzt will die CDU/CSU aussteigen aus der Atomkraft. Und wir sind der Garant, dass das auch passiert. Sehr gespannt bin ich darauf, was die CDU/CSU jetzt in der Bildungspolitik unternimmt. Sie hat immer das dreigliedrige Schulsystem verteidigt, das nicht zuletzt von Grünen und internationalen Experten als extrem unsozial gebrandmarkt worden ist. Jetzt rücken die Konservativen offensichtlich vom alten Schulsystem ab. Sie reden sogar über eine Frauenquote – es passiert also sehr, sehr viel bei den politischen Grundsätzen. Letztlich entscheidet keineswegs nur die zahlenmäßige Mehrheit, ob eine Koalition möglich ist, sondern es geht darum, ob die Inhalte miteinander zu verbinden sind. Da stehen wir der SPD aktuell immer noch näher als der CDU.

TRIBÜNE: Mit dem Bundestagsbeschluss über den Ausstieg aus der Atomenergie wird Ihre Politik quasi geadelt. Ihre bisherigen Partner, die Atomenergiegegner, protestieren dennoch weiter, jetzt gegen die Errichtung von Windkraftanlagen sowie den dazu gehörenden Stromleitungen. Womit wollen Sie diese Bürger, die nur das Ziel ihrer Proteste gewechselt haben, überzeugen?

ROTH: So pauschal kann man nicht alle Bürger, die sich redlich und meist zu Recht zu Wort melden, über einen Kamm scheren. Es stimmt, dass mit dem Atomausstiegsgesetz unsere Forderungen endlich Gehör finden, die wir seit Jahrzehnten, seit der Parteigründung stellen. Dennoch geht unser Protest weiter. Wir haben zum Beispiel immer noch kein Endlager. Wenn wir 2013 mit in der Regierung sind, werden wir versuchen, eine systematische Überprüfung der Sicherheit der Anlagen durchzusetzen. Möglicherweise lohnt es sich dann in Anbetracht der notwendigen Nachrüstungen gar nicht mehr, die Anlagen weiterlaufen zu lassen. Aber jetzt kommt es natürlich auf uns an, auf grüne Glaubwürdigkeit. Wenn wir wollen, dass Offshore-Anlagen in der Nordsee Strom bis nach Süddeutschland liefern, brauchen wir Trassen. Es sind nicht die Grünen oder Bürgerinitiativen, die solche klaren Notwendigkeiten verhindern, sondern miserable Planungen, in die die Bürger nicht einbezogen sind. Entscheidend sind offene, transparente Verfahren, für die wir uns einsetzen und immer wieder den Dialog mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern suchen werden.

TRIBÜNE: Experten gehen durch den Wechsel zu alternativen Energien von erhöhten Kosten von 120 bis 150 Euro je Familie und Jahr aus. Viele können das nicht verkraften. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie solche Härtefälle auffangen?

ROTH: Zunächst gilt es abzuwarten, ob diese Voraussagen überhaupt eintreffen. Mit Zahlen wird bekanntlich sehr viel Schindluder getrieben. Aber wie die Zukunft auch aussieht, die Atomenergie ist die teuerste Art der Energieerzeugung. Schon heute können Menschen, die auf Naturstromanbieter umsteigen, feststellen, dass sie keineswegs mehr bezahlen, sondern zum Teil schon weniger. Ganz sicher müssen wir jedoch durch den flächendeckenden Umstieg auf erneuerbare Energien und die notwendigen Stromnetze auch mit Kosten rechnen. Deshalb ist Ihre Frage nach sozialem Ausgleich berechtigt. Es kann nicht sein, dass sich finanziell schwache Menschen Energieeinsparungen erst gar nicht leisten können. Ökologie und soziale Fragen müssen miteinander verbunden sein. Als konkrete Maßnahme könnte man die energetische Sanierung von Sozialwohnungen nennen, damit die

Mieter bei den Heizkosten tatsächlich einsparen können. Und wir brauchen einen Klima- oder Energiesparfonds, aus dem sozial Schwächere unterstützt werden.

TRIBÜNE: Mit welchen Themen außer Atom- und Energiepolitik wollen Sie in näherer Zukunft Akzente setzen, um auch auf Bundesebene noch stärker die Wähler an sich zu binden und wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können?

ROTH: Energiepolitik heißt heute nichts weniger, als dass wir die grüne Energiewende wollen. Das wiederum heißt auch nichts weniger als eine ökologische Revolution, eine ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft. Ich glaube, nicht zuletzt in Baden-Württemberg – und damit bin ich wieder am Anfang unseres Gesprächs – haben uns so viele Menschen ihr Vertrauen geschenkt, weil die Schwaben durchaus auch aufs Geld gucken – das ist ein Klischee, aber ein gutes Klischee. Man hat dort erfahren, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann. Wenn Sie in meiner schwäbischen Heimat über die Dörfer fahren, sehen Sie viele Photovoltaikanlagen. Das zeigt, dass auch in konservativen Dörfern die Menschen sehr wohl wissen, dass sie mit erneuerbaren Energien sparen und auch noch etwas für das Klima und die Umwelt tun. Es ist ihnen bewusst, dass im Bereich Umwelttechnologien Hunderttausende neue Arbeitsplätze entstanden sind. Behauptungen, grüne Politik könne man sich nur in guten Zeiten leisten oder Ökologie und Ökonomie seien ein Widerspruch, haben wir entkräften können. Es ist unsere Chance, dass wir unsere Wirtschaftskompetenz aufzeigen, dass wir als Botschafter für eine moderne Innen- und Gesellschaftspolitik stehen, dass wir die europäische Kraft in unserem Land sind, gerade in einer Zeit, in der wir eine dramatische anti-europäische Stimmung und eine Re-Nationalisierung von Politik erleben. Möglicherweise liegt hier einer der größten Unterschiede der Grünen zu all den anderen Parteien: Wir sagen deutlich, dass angesichts der globalen Herausforderungen Nationalstaaten viele Probleme gar nicht mehr allein lösen können. Wenn es um den Frieden in der Welt geht, die Unterstützung der nordafrikanischen Demokratiebewegungen, um Klimaschutz und Klimawandel oder die nukleare Abrüstung, brauchen wir ein starkes Europa. Das brauchen wir übrigens auch, wenn es um den Frieden im Nahen Osten geht, um die Unterstützung des Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern. Für den Frieden in der Region insgesamt, an dem auch die Sicherheit Israels hängt, brauchen wir ein starkes Europa und nicht eines, dessen Mitglieder in außenpolitischen Fragen wie ein Hühnerhaufen ziellos in der Gegend herumrennen.

TRIBÜNE: Wie stehen Sie zu den Plänen einer eigenständigen Ausrufung eines Palästinenserstaates?

ROTH: Wir halten an der Zwei-Staaten-Lösung fest, . . .

TRIBÜNE: Das ist eine andere Frage. Im Herbst wollen die Palästinenser ohne Friedensverhandlungen mit den Israelis, ohne Anerkennung des israelischen Staates einen Palästinenserstaat ausrufen. Sind Sie dafür oder dagegen?

ROTH: Ich bin dafür, dass endlich auch die regierenden Politiker in Israel – ich spreche ausdrücklich nicht von Israel und der israelischen Gesellschaft – verstehen, dass es im ureigensten Interesse ihres Landes ist, den Friedensprozess voranzutreiben, damit es zu einer Zwei-Staaten-Lösung kommt. Nur das ist es, was die Zukunft garantiert.

TRIBÜNE: Aber wenn die Palästinenser nicht verhandeln wollen?

ROTH: Mit Verlaub, der israelische Außenminister Avigdor Lieberman gehört auch nicht zu denen, die verhandeln wollen.

TRIBÜNE: Darüber ließe sich sicher trefflich streiten. Da unsere Gesprächszeit abgelaufen ist, bleibt mir nur eines zu sagen: Frau Roth, vielen Dank für Ihre offenen Worte.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.